

Rede Aktionstag Soziale Arbeit 19.03.2013

Mein Name ist Kerstin Kubisch-Piesk, ich arbeite als Sozialarbeiterin im Jugendamt Wedding im RSD seit 22 Jahren.

In der Berliner Jugendamtszene tut sich was. Es gab Briefe der Jugendhilfeausschüsse, der Jugendamtsleiter, einiger Regionalleiter und der AG 78 zur angespannten Situation in der Kinder- und Jugendhilfe. Das ist sehr positiv und das haben wir mitbewirkt. Kämpfen lohnt sich also.

Dennoch reicht das nicht aus. Wir müssen den Verantwortlichen und den PolitikerInnen konkrete Beispiele nennen und weiterhin auf unsere Situation aufmerksam machen, damit sich was verändert.

Die Umsteuerung der Jugendhilfe mit dem Deckmantel Sozialraumorientierung hat keine Früchte getragen. Hilfen werden oft nach finanziellen Aspekten eingesetzt, es werden Zahlen um den Median hin- und hergerechnet, weil die Jugendhilfe nach der Kosten-Leistungs-Rechnung finanziert wird. Qualität und Inhalte spielen dabei oft keine Rolle mehr.

Immer öfter werden die freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe von Ökonomen gemanagt und nicht mehr von SozialarbeiterInnen.

Der Alltag einer SozialarbeiterIn im Jugendamt sieht u.a. so aus:

Im Durchschnitt hat eine Sozialarbeiterin im Berliner Jugendamt ca. 80 Familien zu betreuen, oft kommen vertretungsweise noch mehr Familien dazu.

Tägliche Bearbeitung von Krisenmeldungen, Kinderschutzstandards wie z.B. zu zweit die Familie aufzusuchen, können aufgrund von Personalknappheit nicht eingehalten werden.

Die Bürokratie nimmt immer mehr zu. Vom Eingang der Meldung bis zum Einsatz einer Hilfe benötigt man ca. 6,5 Stunden, um Formulare auszufüllen. Dies trägt nicht dazu bei, dass es den Kindern und Familien besser geht.

Die Qualität spielt nur noch hintergründig eine Rolle. Fälle zu reflektieren und zu analysieren ist kaum noch möglich

Die vorgeschriebenen fachlichen Standards sind nicht zum Nulltarif zu haben!

Durch den Personalabbau sind die Jugendämter am Ende ihrer Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit, d.h. Weniger Leistungsangebote, längere Wartezeiten, weniger Öffnungszeiten.

FORDERUNGEN:

Wir fordern, eine Fallobergrenzung für die einzelnen SozialarbeiterInnen in den regionalen Diensten.

Und wir fordern eine schnelle Möglichkeit der Beratung durch Einzelsupervision.

Wir lehnen die zunehmende Dokumentationspflicht und die Bürokratisierung und Kriminalisierung in der Kinderschutzarbeit ab.

Wir arbeiten in einem Hochrisikobereich.
Wer Kinder schützen will, braucht engagierte und kompetente KinderschützerInnen.

Das heißt, die personelle Ausstattung der Jugendämter muss so ausreichend sein, dass wir unsere verantwortungsvolle Aufgabe mit Engagement und in fachlicher Qualität wahrnehmen können.

Wir fordern, dass der Senat und die Bezirke zusammenarbeiten und das "Ping-Pong-Finanzierungsspiel" beenden. Es muss eine andere Zuweisungspraxis und zwar auf Grundlage der Anspruchsberechtigten erfolgen.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat gesetzliche Aufgaben zu erfüllen, es ist keine freiwillige Aufgabe und die Mittel müssen dafür bereitgestellt werden.

Wir Sozialarbeiter, wir Sozialarbeiterinnen aus den Jugendämtern, wir müssen uns empören und uns wehren. Wir müssen der Sparpolitik des Senats und der Bundesregierung ein klares Nein entgegen setzen.